

Hiemenz, Ulrich; Li, Bo

Working Paper — Digitized Version

Die Volksrepublik China - Absatzmarkt und Investitionsstandort der Zukunft?

Kieler Diskussionsbeiträge, No. 126

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Hiemenz, Ulrich; Li, Bo (1986) : Die Volksrepublik China - Absatzmarkt und Investitionsstandort der Zukunft?, Kieler Diskussionsbeiträge, No. 126, ISBN 3925357394, Institut für Weltwirtschaft (IfW), Kiel

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/48066>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Die Volksrepublik China - Absatzmarkt und Investitionsstandort der Zukunft?

von Ulrich Hiemenz und Bo Li

A 9 5506 / 86 *Weltwirtschaft Kiel*

AUS DEM INHALT

- Die seit 1979 verfolgte Öffnungspolitik der VR China soll eine Modernisierung der Volkswirtschaft ermöglichen mit dem Ziel, die Agrar- und Industrieproduktion bis zum Jahr 2000 zu vervierfachen. Diesem Ziel sollen ein neu geschaffenes Wirtschaftsrecht, eine Dezentralisierung wirtschaftlicher Entscheidungskompetenz und Preisreformen sowie eine Liberalisierung von Außenhandel und Auslandsinvestitionen dienen.
- Bisher sind die tatsächlichen Wirtschaftsreformen aber den selbstgesetzten Ansprüchen nicht gerecht geworden. Zwar hat sich das gesamtwirtschaftliche Wachstum als Folge der Liberalisierungsmaßnahmen schon nach kurzer Zeit deutlich beschleunigt, und Importe wie Exporte wiesen hohe Zuwachsraten auf, jedoch verlief diese Entwicklung sehr unstetig und verlangsamte sich bereits 1986 wieder. Insbesondere blieben die realisierten ausländischen Direktinvestitionen weit hinter den vertraglich vereinbarten Investitionen zurück, und in der ersten Hälfte des Jahres 1986 kam es sogar zu einem Investitionsrückgang. Diese Tendenzen reflektieren innere Widersprüche in der chinesischen Reformpolitik.
- Die Teilliberalisierung der chinesischen Volkswirtschaft hat zu unscharfen und teilweise auch verzerrten institutionellen Rahmenbedingungen für das Verhalten in- und ausländischer Unternehmen geführt. Dies gilt für die weitgehend durch den Staat beeinflussten Preisrelationen, die Übermacht des etablierten bürokratischen Apparates, der die Implementierung von Gesetzen erschwert, eine weiterhin bestehende zentrale Lenkung von Arbeits- und Kapitalmärkten sowie eine makroökonomische Steuerung, die sich überwiegend an kurzfristigen Indikatoren orientiert und daher sehr unstetig ist. Alle diese Faktoren haben sich negativ auf die Außenhandelsaktivitäten und das Investitionsklima ausgewirkt.
- Eine Revision der Öffnungspolitik der VR China ist derzeit kaum zu erwarten, da ein solcher Politikwechsel unkalkulierbare ökonomische und soziale Kosten mit sich brächte. Deshalb wird das Land ein immer wichtigerer Partner im internationalen Handel werden, insbesondere wenn bestehende Schwächen in der Ordnungspolitik behoben werden. Diese Schwächen sind allerdings für ausländische Investoren gravierend. Daher werden sich ausländische Direktinvestitionen weiterhin auf einige Marktsegmente konzentrieren und im Gesamtvolumen eher bescheiden bleiben.

DIE VOLKSREPUBLIK CHINA - ABSATZMARKT
UND INVESTITIONSSTANDORT DER ZUKUNFT ?

I.	Einleitung.....	3
II.	Hintergründe der Handels- und Investitionsliberalisierung.....	4
	1. Kapitalmangel.....	4
	2. Devisenmangel.....	8
III.	Deregulierungsmaßnahmen.....	9
IV.	Eine Zwischenbilanz der Außenwirtschaftsliberalisierung.....	13
	1. Handel.....	15
	2. Auslandsinvestitionen.....	16
V.	Eine zusammenfassende Bewertung der bisherigen Reformpolitik.....	22
VI.	Ausblick.....	28
	Literaturverzeichnis.....	32

Dieser Beitrag ist im Rahmen eines Forschungsprojekts über die Beziehungen zwischen den ordnungspolitischen Rahmenbedingungen und der Effizienz der ausländischen Investitionen in der VR China entstanden, das von der Stiftung Volkswagenwerk gefördert wird.

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Hiemenz, Ulrich:

Die Volksrepublik China - Absatzmarkt und Investitionsstandort der Zukunft? / Von Ulrich Hiemenz u.

Bo Li, Inst. für Weltwirtschaft Kiel. - Kiel:

Inst. für Weltwirtschaft, 1986.

(Kieler Diskussionsbeiträge; 126)

ISBN 3-925357-39-4

NE: Li, Bo.; GT



Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

Postfach 43 09, D-2300 Kiel 1

Alle Rechte vorbehalten

Ohne ausdrückliche Genehmigung ist es auch nicht
gestattet, den Band oder Teile daraus

auf photomechanischem Wege (Photokopie, Mikrokopie) zu vervielfältigen

Printed in Germany

ISSN 0455 - 0420

I. Einleitung

Im Dezember 1978 kündigte die Regierung der VR China eine Wende in ihrer bisherigen Wirtschaftspolitik an. Die neue Politik zielte darauf ab, in die bis dahin zentral gelenkte und gegenüber dem Ausland weitgehend abgeschottete Planwirtschaft schrittweise marktwirtschaftliche Elemente einzubauen sowie das Land durch eine Öffnung nach außen in die internationale Arbeitsteilung zu integrieren (1). Die ersten Erfolge dieser auf Dezentralisierung und Deregulierung ausgerichteten Wirtschaftsreform zeigten sich rasch, sowohl intern in der Landwirtschaft als auch im Außenhandel. Angesichts dieser Anfangserfolge breitete sich zu Beginn der achtziger Jahre in westlichen Industrieländern eine wahre Euphorie bezüglich der zukünftigen Chancen im Chinageschäft aus. Reichlich vorhandene Bodenschätze, billige Arbeitskräfte und ein riesiges internes Nachfragepotential schienen enorme Exportzuwächse und attraktive Auslandsinvestitionen zu versprechen. Diese Stimmung schlug jedoch ins Gegenteil um, als sich bald herausstellte, daß viele der damals erhofften Geschäfte lediglich auf einer Überschätzung des Entwicklungstempos der chinesischen Volkswirtschaft beruhten und daß auf dem Wege zur Öffnung der VR China nach außen viele Hindernisse noch nicht beseitigt waren. Mehr skeptisch als nüchtern fragen sich viele westliche Geschäftsleute heute, inwieweit die VR China überhaupt noch als Absatzmarkt und Investitionsstandort der Zukunft angesehen werden kann [Burns, 1986].

Der vorliegende Beitrag versucht eine erste Antwort auf diese recht komplexe Frage zu geben. Im folgenden werden zunächst die Motive für die außenwirtschaftliche Reformpolitik erörtert (Abschnitt II) und die wichtigsten Deregulierungsschritte in der Außenwirtschaft der VR China dargestellt (Abschnitt III). Es wird dann an-

(1) Die Wirtschaftspolitik vor 1978 kann als eine akkumulationsorientierte Entwicklungsstrategie bezeichnet werden, die primär die Investitionsgüterindustrie förderte. Sie führte zu großen Disproportionalitäten zwischen den Sektoren bzw. Branchen und zu einem niedrigen Konsumniveau. Eine umfassende Beurteilung dieser Wirtschaftspolitik findet sich in einer Studie der Weltbank [1983]. Auf dem 3. Plenum des 11. Zentralkomitees der KP Chinas (Dezember 1978) wurden die Entwicklungsprioritäten zugunsten der Konsumgüterindustrie, der Landwirtschaft und der Infrastruktur geändert und die wichtigsten Rahmenbedingungen für die Agrarreform geschaffen. Die landwirtschaftliche Produktion hat sich zwischen 1979 und 1983 ohne zusätzliche Investitionen verdoppelt. Im Oktober 1984 entschloß sich die Führung der VR China dann zu einer umfassenderen Reform der Wirtschaftsordnung in Richtung auf eine "sozialistische Marktwirtschaft" [Beschluß des Zentralkomitees der KP Chinas, 1984].

hand der derzeit verfügbaren Daten eine Bestandsaufnahme der chinesischen Öffnungspolitik vorgelegt, und vor diesem Hintergrund werden die bisher erzielten Wirkungen der Deregulierung auf den Außenhandel und die ausländischen Direktinvestitionen diskutiert (Abschnitt IV). Danach folgen Untersuchungen darüber, welche Probleme den Export und ausländische Investitionen in der VR China bisher noch erschweren (Abschnitt V). Ins Blickfeld geraten dabei vor allem die ordnungspolitischen Rahmenbedingungen in der VR China, die marktwirtschaftlichem Verhalten zum Teil noch entgegenstehen. Dies führt im Abschnitt VI zu Schlußfolgerungen in bezug darauf, wie die Reformpolitik in der VR China fortgeführt werden müßte, damit sich die Außenwirtschaftsbeziehungen vor allem mit dem westlichen Ausland rascher als in jüngster Zeit verbessern können.

II. Hintergründe der Handels- und Investitionsliberalisierung (1)

1. Kapitalmangel

Das 1982 auf dem 12. Parteitag der KP China erstmals quantitativ formulierte Ziel der neuen chinesischen Wirtschaftspolitik ist eine Vervierfachung der Agrar- und Industrieproduktion des Landes bis zum Jahr 2000. Dieses Ziel entspricht in etwa einer Erhöhung des Bruttosozialprodukts von 250 Mrd. US \$ Mitte der achtziger Jahre auf etwa 1 000 Mrd. US \$ zum Ende des Jahrhunderts (2). Ein solches Wirtschaftswachstum erfordert eine Investitionssumme von etwa 2 630 Mrd. US \$ selbst bei einem eher niedrig angenommenen Wert für den durchschnittlichen marginalen Kapitalkoeffizienten von 3,5 (3). Eine entsprechende Kapitalbildung allein aus in-

(1) Hierunter wird der seit 1979 begonnene schrittweise Abbau der administrativen Restriktionen im Güter- bzw. Kapitalverkehr der VR China mit anderen Ländern verstanden.

(2) Berechnet auf der Basis des offiziell festgesetzten Wechselkurses Ende 1984: 1 US \$ = 2,80 Yuan (Ren min bi - RMB), der dem bereits seit 1981 intern verwendeten Wechselkurs entsprach [IMF, 1986, S. 158 f.]; nähere Einzelheiten zur Ableitung und zur Formulierung dieses quantitativen Ziels finden sich bei Liu [1984] und Weltbank [1985a, S. 32 ff.].

(3) Nach den Angaben des State Statistical Bureau [1985] für die Akkumulation in der Vergangenheit lassen sich Annäherungswerte dieser Koeffizienten berech-

ternen Quellen stößt vor allem auf zwei Engpässe:

- Auch bei einer erfolgreichen Geburtenkontrolle mit einer Jahreswachstumsrate von 1 vH [Weltbank, 1985a, S. 137] - also mehr als 10 Mill. in einem Jahr - wird die Bevölkerung der VR China auf schätzungsweise 1,2 Mrd. Einwohner im Jahr 2000 ansteigen. Deshalb muß zusätzlich zu den Investitionsgütern auch die Produktion von Nahrungsmitteln und Konsumgütern erheblich gesteigert werden. Die Investitionsgüterproduktion kann bei gegebener Ressourcenausstattung also nur langsamer steigen, als dies bei geringerem Bevölkerungswachstum möglich wäre.
- Die durchschnittliche Investitionsquote (Akkumulationsrate auf der Basis des Nettonationaleinkommens) (1) hat in der Zeit von 1958 bis 1978 etwa 30 vH betragen. Die dazu notwendige hohe interne Ersparnisbildung war nur dadurch möglich, daß der private Konsum erheblich eingeschränkt wurde. Der private Konsum pro Kopf ging zwischen 1958 und 1976 sogar zurück. Ein solcher Konsumverzicht ist schon seit Ende der siebziger Jahre sozialpolitisch kaum noch durchzuhalten und muß auf längere Sicht abgebaut werden [Zhou, 1984; Yang, 1984]. Deshalb ist zu erwarten, daß die interne Sparquote in den nächsten zwei Jahrzehnten niedriger ausfallen wird als in der Vergangenheit.

Die genannten Engpässe deuten darauf hin, daß es bei der Finanzierung des geplanten Investitionsvolumens zu einer inländischen Ersparnislücke kommen wird. Es ist kaum zu erwarten, daß diese Lücke durch zusätzliche private Kapitalbildung geschlossen werden kann. Wegen der immer noch bestehenden politischen Vorbehalte gegen das Privateigentum an Produktionsmitteln sind die Möglichkeiten zur privaten Kapitalbildung stark begrenzt und beschränken sich zu einem erheblichen Teil auf "Zwecksparen" etwa für den Wohnungsbau. Eine substantielle Änderung dieser Politik ist derzeit nicht in Sicht. Aber selbst wenn die private Kapitalbildung in Zukunft erleichtert werden sollte, ist es doch wenig wahrscheinlich, daß die notwendige Investitionsfinanzierung allein aus internen Quellen gesichert werden kann. Die zurückgestaute Konsumgüternachfrage, insbesondere nach dauerhaf-

nen. Für die Zeit 1952-1979 liegt er bei 4,9, für 1952-1985 bei 4,1 und für 1979-1985 bei 3,2.

(1) Diese Größe entspricht dem Nettoeinkommen aus der materiellen Produktion der Bereiche Industrie, Landwirtschaft, Baugewerbe, Handel und Verkehr und ist daher kleiner als das Nettoinlandseinkommen in der Definition der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung westlicher Industrieländer [vgl. Weltbank, 1985b, S. 2 ff.].

ten Konsumgütern und Wohnraum, setzt der privaten Sparneigung zugunsten der produktiven Investitionen enge Grenzen.

Um das quantitative Ausmaß dieser inländischen Sparlücke genauer zu erfassen, wurden zwei alternative Projektionen des Bruttonationalprodukts und der Bruttoinlandsinvestitionen durchgeführt (Tabelle 1). Beide Projektionen basieren auf eher optimistischen Annahmen bezüglich der zukünftigen Entwicklung (1), wobei die Projektion B die unter den gegebenen Verhältnissen beste denkbare Variante darstellt. Die Ergebnisse der Projektionen zeigen, daß selbst unter günstigsten Voraussetzungen (Projektion B) eine Kapitallücke von etwa 630 Mrd. US \$ (Wechselkurs Ende 1984) unvermeidlich zu sein scheint, wenn das vorgegebene Einkommensziel erreicht werden soll.

Zusätzlich zu dieser Lücke bei der internen Sachkapitalbildung stellt ein Mangel an technischem und organisatorischem Wissen den größten Engpaß für ein schnelleres Wachstum des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials in der VR China dar [vgl. Weltbank, 1983, S. 134 ff.; 1985a, S. 123 ff.; Simon, 1982, S. 514 ff.] Da ein Mangel an Humankapital nicht kurzfristig durch Investitionen in interne Ausbildung allein abgebaut werden kann, entsteht ein Bedarf, diese durch Ausbildung im Ausland zu ergänzen, Humankapital durch ausländische Experten zu importieren und generell das Informationsangebot über im Ausland verfügbares Wissen zu verbreitern. Eine derartige Beschleunigung der Humankapitalbildung erfordert nicht nur enge Kontakte mit dem Ausland, also eine Öffnung, sondern auch und vor allen Dingen Deviseneinnahmen.

(1) Die Projektion A basiert auf zwei Annahmen. Zum einen wurde unterstellt, daß die Investitionsquote noch bis 1990 auf ihrem jetzigen hohen Niveau (30 vH des Nettonationaleinkommens oder 27 vH des Bruttonationalprodukts) gehalten werden kann, danach aber geringfügig abnimmt (auf 26 vH des Bruttonationalprodukts im Zeitraum 1991-1995 und 25 vH bis zum Jahr 2000). Zum anderen wurde ein marginaler Kapitalkoeffizient angenommen, der dem langjährigen Durchschnitt in etwa entspricht und der auch den Berechnungen im 7. Fünfjahresplan zugrunde liegt (4,5 für 1986-1995) [Der Nationale Volkskongress, 1986], wobei für die letzten 5 Jahre aufgrund steigender Kapitalproduktivität ein Absinken dieses Koeffizienten auf 4 unterstellt wurde. Die Projektion B entspricht einer extrem optimistischen Zukunftsvision. Die Investitionsquote liegt über die gesamte Periode bei 27 vH, und der Kapitalkoeffizient sinkt infolge angenommener Effizienzsteigerungen ständig (4,0 für 1986-90 und 3,5 für 1991-2000). Die meisten Projektionen dieser Art basieren demgegenüber auf einem durchschnittlichen Kapitalkoeffizienten von 4,6 [z.B. Zhou, 1984, S. 401 ff.; Cheng, 1985, S. 34 ff.].

Tabelle 1 - Alternative Projektionen über die Entwicklung des Bruttosozialprodukts (BSP) und der Bruttoinlandsinvestitionen in der VR China 1980-2000 (Mrd. Yuan)

	BSP (a)	Bruttoinlandsinvestitionen	BSP (a)	Bruttoinlandsinvestitionen
1980	486,7	116,5		
1981	510,5	110,6		
1982	552,9	123,6		
1983	607,1	142,1		
1984	691,5	172,7		
1985	778,0	247,5		
	- Projektion A(b) -		- Projektion B(b) -	
1986	836,4	225,8	839,9	226,8
1987	899,1	242,8	896,6	242,1
1988	966,5	261,0	957,1	258,4
1989	1 039,0	280,5	1 021,7	275,9
1990	1 116,9	301,6	1 090,7	294,5
1991	1 183,9	307,8	1 174,8	317,2
1992	1 252,3	325,6	1 265,4	341,7
1993	1 324,7	344,4	1 363,0	368,0
1994	1 401,2	364,3	1 468,1	396,4
1995	1 482,2	385,4	1 581,4	427,0
1996	1 578,6	394,6	1 703,4	459,9
1997	1 677,3	419,3	1 834,8	495,4
1998	1 782,1	445,5	1 976,3	533,6
1999	1 893,5	473,4	2 128,8	574,8
2000	2 011,8		2 293,0	
Kumulierte Investitionen		5 685,0		6 124,7
Zielgrößen(c)	2 800,0		2 800,0	
Fehlbeträge	788,2	2 758,7	507,0	1 774,5
<p>(a) Alle Angaben für BSP basieren auf den Preisen des Jahres 1985. Im Februar 1986 hat das State Statistical Bureau zum erstenmal Schätzungen für das Bruttosozialprodukt 1984 und 1985 veröffentlicht; für frühere Jahre existieren lediglich Angaben über die Höhe des Nettonationaleinkommens (vgl. Fußnote (1), S. 5). Die BSP-Daten für 1980-1983 sind zurückgerechnet anhand der realen Wachstumsraten des Nettonationaleinkommens. - (b) Zu den Annahmen, auf denen die Projektionen beruhen, vgl. Fußnote (1), S. 6. - (c) Abgeleitet aus der Zielgröße 1 000 Mrd. US \$ im Jahr 2000 auf der Basis des offiziellen Wechselkurses Ende 1984: 1 US \$ = 2,80 Yuan (RMB).</p>				

Quelle: State Statistical Bureau [1985, 1986]; Der Nationale Volkskongress [1986]; eigene Berechnungen.

2. Devisenmangel

Kreditaufnahme im Ausland zur Finanzierung der Investitionsgüter- und Technologieimporte kann zur Schließung der dargestellten Kapitallücke sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Sicht wesentlich beitragen. Jedoch waren dem Verschuldungsspielraum der VR China wegen ihres noch geringen Exportvolumens (25 Mrd. US \$ im Jahr 1984) enge Grenzen gesetzt. Hauptexportprodukte waren und sind Agrarprodukte, einfache Textilien, Rohöl und andere Rohstoffe. Wegen der geringen Einkommenselastizitäten dieser Produktpalette ist nicht zu erwarten, daß durch Angebotsausweitung die Deviseneinnahmen in Zukunft erheblich verbessert werden können. Dazu müßte die Produktpalette verbreitert und insbesondere der Anteil der Industrieprodukte am gesamten Export gesteigert werden. Einer Exportdiversifizierung im Rahmen des gegebenen Produktionspotentials sind aber enge Grenzen gezogen:

- Die Produktionsanlagen und -verfahren in der Exportindustrie - wie in anderen Bereichen der Wirtschaft - sind zum großen Teil veraltet bzw. überholt. Daher können die internationalen Qualitätsstandards nur schwer erreicht werden.
- Eine entsprechende Design- und Verpackungsindustrie fehlt; nicht nur die modernen Techniken, sondern auch die Kenntnisse über den Kundengeschmack des Auslands werden dringend benötigt und entsprechende Erfahrungen, um die Produkte wettbewerbsfähig zu machen.
- Die staatlichen Handelsgesellschaften haben bislang kaum Marktforschung betrieben, teils wegen mangelnden Wissens und teils wegen fehlenden Interesses.
- Die gesamte Exportproduktion und das Exportmarketing wurden stark durch die Administration reguliert. Entscheidungen fielen in zentralen Instanzen und nicht vor Ort beim Kunden, so daß wenig Anreiz für Unternehmen im Exportbereich bestand, Produktsortiment und -qualität zu verbessern, um Marktchancen auszunutzen.

Um diese Angebotshemmnisse im Exportsektor zu beseitigen und damit mehr Devisen zur Finanzierung des Modernisierungsprogramms zu verdienen, haben die Reformpolitiker der VR China vor allem auf zwei Instrumente zurückgegriffen, nämlich die Einrichtung von Wirtschaftssonderzonen (WSZ) und die Förderung von ausländischen Direktinvestitionen (FDI) ganz generell. Ausländischen Investitionen wurde gegenüber einer Verschuldung im Ausland deshalb der Vorzug gegeben, weil sich

mit dem Zustrom von Kapitalgütern technologisches Wissen über deren effiziente Nutzung sowie Marketingkenntnisse verbinden. Es wurde erwartet, daß Kapitalimporte wegen des mit ihnen verbundenen Technologieimports nicht zu Schuldenproblemen führen, zumindest solange sich genügend Devisen zum Einkauf von importierten Vorleistungen verdienen lassen. Außerdem erhoffte man sich durch horizontale und vertikale Verflechtungen der FDI mit heimischen Industrien Wachstumsimpulse bzw. Lerneffekte für die ganze Volkswirtschaft.

III. Deregulierungsmaßnahmen

Die Deregulierung der chinesischen Außenwirtschaft, auf die sich die folgende Analyse konzentriert, vollzieht sich parallel auf zwei unterschiedlichen Ebenen. Zum einen wird eine schrittweise Delegation von außenwirtschaftspolitischer Entscheidungsmacht auf Provinzen und Städte einschließlich einer selektiven Öffnung bestimmter Regionen für freie außenwirtschaftliche Aktivitäten angestrebt. Diese vorsichtige Vorgehensweise bei der Liberalisierung der Außenwirtschaftsbeziehungen ist mehr politisch als wirtschaftlich begründet (1) und zielt auf den Abbau interner Widerstände und die Überwindung von Interessengegensätzen zwischen einzelnen Provinzen durch maßgeschneiderte, selektive Reformen. Die Hoffnung ist dabei, daß wirtschaftliche Erfolge in regional begrenzten Gebieten einen Demonstrationseffekt auslösen und so den Boden für weitere Liberalisierungsmaßnahmen bereiten. In dieses Bild paßt, daß nach der Einrichtung von 4 freien Wirtschaftszonen im Jahr 1979 nicht nur diese Zonen 1984 gebietsmäßig wesentlich erweitert, sondern auch zusätzlich 14 Küstenstädte sowie die Insel Hainan für ausländisches Kapital geöffnet wurden (vgl. Anlage). 1985 kamen noch weitere Küstengebiete dazu (2), in denen nunmehr Auslandsinvestitionen und eigenständige Exportaktivitäten möglich sind.

-
- (1) Wegen der geographischen Ausdehnung Chinas besteht seit jeher eine starke Spannung zwischen dem Zentralismus und Regionalismus und ein ständiger Interessenkampf unter einzelnen Provinzen, die sich in der Zeit der Planwirtschaft oft gegeneinander abgeschlossen haben.
 - (2) Es handelt sich hier um die Deltagebiete des Yangzi-Flusses und des Perl-Flusses sowie des südlichen Teils der Provinz Fujian und die Hafenstädte in Guandong, Shandong und Liaoning.

Die zweite Stoßrichtung der Reformen bezieht sich auf den Aufbau der für freie wirtschaftliche Aktivitäten notwendigen Rechtsgrundlage. Das traditionell fehlende Rechtsbewußtsein und das seit 1952 praktizierte System der zentralen Planung haben dazu geführt, daß in der VR China keine formale Rechtsordnung für wirtschaftliches Handeln einzelner Wirtschaftssubjekte geschaffen wurde. Unternehmen waren durch das zentrale Organisationsprinzip an eine mehrstufige Administrationshierarchie der Regierung gebunden. Diese Instanzen intervenierten ausnahmslos bei allen betrieblichen Entscheidungen. Die Formulierung von Gesetzen, die Handlungsspielraum für einzelne Wirtschaftssubjekte oder Unternehmen definieren sowie Rechte und Pflichten bei wirtschaftlichen Transaktionen regeln, war deshalb eine wichtige Voraussetzung für die Öffnung der VR China nach außen. Innerhalb von sechs Jahren sind über 300 Wirtschaftsgesetze und -regelungen erlassen worden. Zum erstenmal gibt es in der VR China Einkommensteuergesetze (1980), ein Vertragsgesetz (1981), ein Patentgesetz (1984), Regelungen für das Bankwesen (1985) sowie ein Gesetz über Unternehmen in alleinigem ausländischem Besitz (1986). Mit 50 Gesetzen, die ausländische Geschäftspartner der VR China direkt betreffen, sowie weiteren 100 außenwirtschaftlich relevanten Gesetzen und Regelungen ist das Außenwirtschaftsrecht besonders detailliert, aber auch unnötig kompliziert [Weggel, 1986, S. 441 ff., S. 450 ff.].

Eine Bewertung der bis zum September 1986 erreichten Öffnung der VR China für außenwirtschaftliche Aktivitäten ist schwierig, weil sich die zuständigen staatlichen Instanzen in der Vergangenheit nicht immer an das kodifizierte Recht gehalten haben und Sonderabsprachen zuließen und weil das kodifizierte Recht ständig geändert wird, wobei auch eine Rücknahme liberaler Vorschriften nicht ausgeschlossen ist.

Das ursprüngliche Joint-venture-Gesetz von 1979 mit seinen 15 Paragraphen ließ viele Fragen offen und war teilweise unklar formuliert. Nach zahlreichen Ergänzungsbestimmungen wurde dann eine umfassende Durchführungsregelung mit 16 Kapiteln und 118 Paragraphen im September 1983 erlassen, die Bestimmungen über alle wichtigen Aspekte der Tätigkeit eines Joint ventures von der Registrierung über die Buchhaltung bis hin zur Auflösung und Liquidation enthält. Generell gilt, daß ausländische Direktinvestitionen ohne Einschränkung in regionaler und branchenmäßiger Hinsicht und ohne Bindung an bestimmte Beteiligungsverhältnisse getätigt werden können. Investitionsanreize bestehen in Form von zeitlich begrenzten Steuerbefreiungen und präferentiellen Einkommensteuersätzen, die nach re-

gionalen Kriterien gestaffelt sind. So gilt für WSZ und Entwicklungszonen in den "offenen" Küstenstädten ein besonders niedriger Steuersatz (15 vH gegenüber sonst durchschnittlich 33 vH für ausländische Unternehmen und 40-50 vH für inländische Unternehmen). Die Gewinn- und Kapitalrepatriierung ist nach dem Gesetz über Joint ventures nicht beschränkt, und das Eigentum an den Produktionsmitteln ist formell garantiert. Da die Bedingungen und Definitionen hierfür in den allgemeinen Gesetzen jedoch von den Investoren als zu unpräzise empfunden wurden, hat die VR China begonnen, mit verschiedenen Ländern spezielle Investitionsschutzabkommen auszuhandeln. Bis Ende 1985 waren solche Abkommen mit 17 Ländern unterzeichnet worden, darunter Frankreich, Italien, Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien und andere europäische Länder [Gu, 1986, S. 25]. Mit den USA wird zur Zeit noch verhandelt.

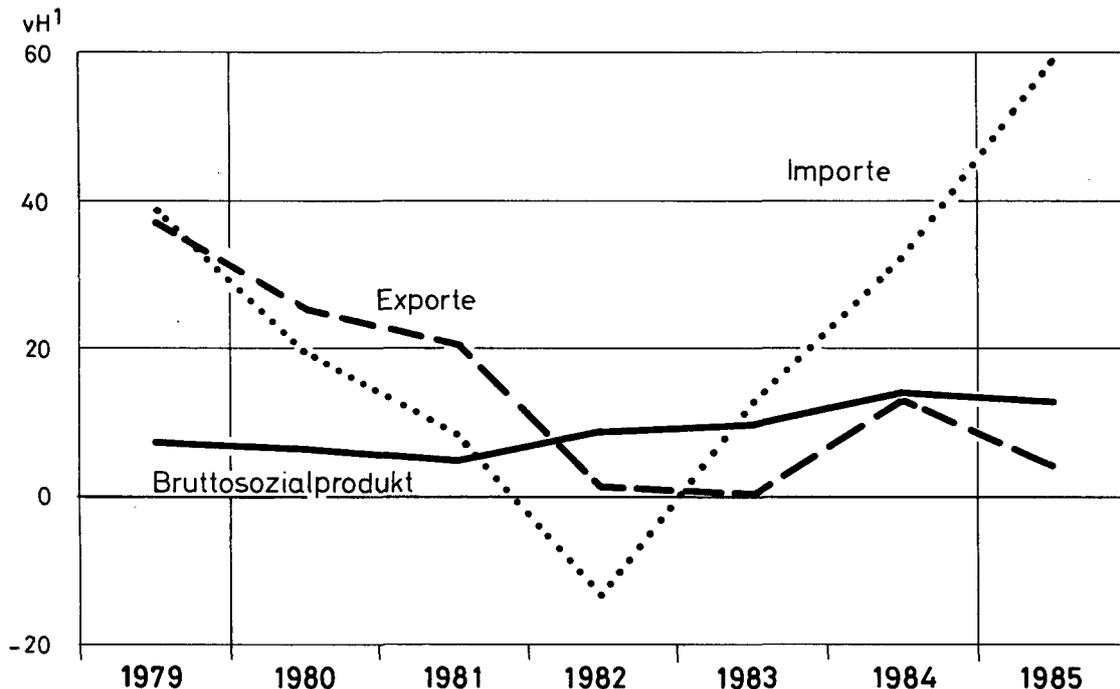
Bezüglich des Außenhandels wurde das staatliche Außenhandelsmonopol, das bis 1979 bei dem damaligen Außenhandelsministerium (1) lag, zugunsten einer stärker wettbewerbsorientierten Regelung aufgegeben. Die Gründung von mehr als 200 speziellen Handelsgesellschaften, eine schrittweise Verlagerung von Export- und Importbefugnissen von der Zentralbehörde in Beijing auf Provinz- und Städteebene (insbesondere die Dezentralisierung der Exportlizenzenvergaben im April 1985 [ACFT, 1986, S. 513 ff.]) sowie die Vergabe von Export- und Importbefugnissen direkt an einzelne Großunternehmen sollten dazu dienen, die Flexibilität und damit letztlich die Effizienz des Außenhandelssektors zu erhöhen. In die gleiche Richtung zielt die eingeführte Freiheit von Produktionsunternehmen, zwischen den einzelnen Exporthandelsgesellschaften beim Vertrieb ihrer Produkte im Ausland nach eigenem Ermessen zu wählen [ACFT, 1985, S. 388 ff.].

Die bisher erfolgte selektive Liberalisierung der Außenwirtschaftsbeziehungen hat zwar für Behörden auf Provinzebene und lokaler Ebene sowie für Unternehmen Anreize geschaffen, sich stärker beim Außenhandel und bei der Attraktion von Auslandsinvestitionen zu engagieren, jedoch ist das derzeit bestehende ordnungspolitische Rahmenwerk keineswegs frei von inneren Widersprüchen und von Unsicherheiten bezüglich der Stabilität der Öffnung der VR China nach außen. Festzuhalten ist vor allem, daß das interne, zentralistisch (nach dem Plan) bestimmte Preisgefüge nicht auf die Weltmarktpreisrelation abgestimmt ist [Xue, 1986]. Des-

(1) 1983 löste das neue Ministry of Foreign Economic Trade and Relations (MOFERT) das alte Außenhandelsministerium ab. Zur administrativen Umorganisation der Außenwirtschaft der VR China vgl. Osborne [1986, S. 35 ff.].

halb besteht in einigen Branchen für inländische wie ausländische Unternehmen ein Anreiz, im Inland zu über dem Weltmarktniveau liegenden Preisen zu verkaufen statt zu exportieren, obwohl Exporte in einem gewissen Ausmaß subventioniert werden. Dies widerspricht natürlich den Intentionen der Außenhandelsliberalisierung und hat, wie im nächsten Abschnitt gezeigt wird, zu Zahlungsbilanzproblemen beigetragen. Weiterhin können die sich aus der Liberalisierung ergebenden Chancen nur zum Teil genutzt werden, weil ein inländischer Kapitalmarkt praktisch nicht existiert, mit dessen Hilfe Einnahmen aus dem Auslandsgeschäft effizient genutzt und Mittel für Joint ventures bereitgestellt werden könnten. Dies führt zur Hortung von Deviseneinnahmen auf lokaler Ebene und bei den Außenhandelsgesellschaften sowie zu exzessiven Importen von Konsumgütern. Und schließlich klaffen gesetzliche Regelungen und tatsächliche Wirtschaftspraxis häufig weit auseinander. Etablierte Bürokratien versuchen, Reformen zu unterlaufen, um einen eigenen Machtverlust aufzuhalten; Institutionen auf Provinzebene sind (noch) zu schwach,

Schaubild 1 - Entwicklung des realen Bruttosozialprodukts, der Exporte und der Importe in der VR China 1979-1985



¹Veränderungen gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: State Statistical Bureau [1985; 1986]; IMF [1986]; eigene Berechnungen (vgl. Tabelle 2).

um eigene Interessen im Ausland wahrnehmen zu können, und müssen sich daher der Außenhandelsgesellschaften bedienen, die unter der Aufsicht des zentralen Ministeriums für Außenwirtschaftsbeziehungen- und handel (MOFERT) stehen; und traditionelle Lieferbindungen sowie persönliche Kontakte beschränken den Wettbewerb zwischen Unternehmen, Regionen und zwischen Handelsgesellschaften.

Die Liberalisierung der Außenwirtschaftsbeziehungen steht so im Spannungsfeld zwischen fortdauernder zentralistischer Kontrolle und auf das kurzfristige Eigeninteresse ausgerichteten Verhalten lokaler Instanzen. Letzteres hat zu Vertragsbrüchen und zu Dumping-Praktiken geführt, was wiederum den Kräften Auftrieb gegeben hat, die für mehr Kontrolle plädieren. In der Tat hat es schon 1981-1982 und dann wieder 1985-1986 Rückschläge bei der Liberalisierung gegeben. So durften die Privilegien der offenen Küstenstädte in nur 4 der ursprünglich 14 Städte tatsächlich ausgenutzt werden und die Vergabe von Exportlizenzen wurde zum Teil rezentralisiert. Diese und andere Beispiele für eine Stop-and-go-Politik der chinesischen Regierung erhöhen die Unsicherheit für in- und ausländische Investoren sowie für die Handelspartner der VR China über den zukünftigen Kurs in der Außenwirtschaftspolitik und haben dazu beigetragen, daß die Außenwirtschaftsbeziehungen sich seit 1979 nicht gradlinig, sondern sehr unstetig entwickelt haben (Schaubild 1).

IV. Eine Zwischenbilanz der Außenwirtschaftsliberalisierung

Die (Binnen- und Außen-)Wirtschaftsliberalisierung hat trotz der zuvor diskutierten Unzulänglichkeiten und inneren Widersprüche das Entwicklungstempo in der VR China deutlich beschleunigt (Tabelle 2). Das Volkseinkommen, das in der Zeit von 1957 bis 1979 real im Jahresdurchschnitt um 5,4 vH gestiegen war, ist nach 1979 fast eineinhalbmals so rasch gewachsen (7,9 vH), wobei in den Jahren 1983-1985 sogar reale Zuwachsraten von 10 vH und mehr erzielt wurden. Wenn auch dieses Einkommenswachstum nicht ausschließlich den außenwirtschaftlichen Liberalisierungsmaßnahmen zugerechnet werden kann und zusätzliches Einkommen in erheblichem Maße durch eine Deregulierung der Binnenwirtschaft, insbesondere der Agrarproduktion, erzielt wurde, so zeigt die Verdoppelung des Anteils des Außen-

Tabelle 2 - Die Entwicklung von BSP, Preisniveau, Export, Import und Devisenreserven in der VR China 1957-1985

		1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1979 -1985
	1957 -1979								
BSP (Mrd. Yuan) (a)		457,4	486,7	510,5	552,9	607,1	691,5	778,0	
reale jährliche Zuwachsrate (vH)		5,4	7,0	6,4	4,9	8,3	9,8	13,9	12,5
	1961 -1979								
Exporte (Mrd. US \$ (fob)) (b)		14,1	18,1	21,6	21,9	22,2	25,0	27,4	
reale jährliche Zuwachsrate (vH) (c)		6,0	37,2	25,5	20,2	1,6	0,4	13,0	4,1
Importe (Mrd. US \$ (cif)) (b)		16,2	19,9	21,6	18,9	21,3	26,8	42,3	
reale jährliche Zuwachsrate (vH) (c)		8,0	38,7	19,8	7,8	-13,6	12,1	31,7	59,0
Anteile der Außen- handelsvolumen (d) am BSP		11,8	13,7	16,7	16,2	15,8	18,5	26,2	
Devisenreserven (e) - ohne Gold - (Mrd. US \$)		2,15	2,26	4,78	11,14	14,48	16,71	11,91	
Wechselkurs Yuan/1 US \$		1,50	1,53	1,75	1,92	1,98	2,32	2,93	
(a) Basiert auf den Preisen des Jahres 1985 (vgl. Tabelle 1, Anmerkung (a)). - (b) Zu laufenden Preisen. - (c) BSP-Deflatoren sind abgeleitet anhand der Index- reihe der Nationaleinkommen zu konstanten Preisen (1952=100). - (d) Exporte plus Importe zu laufenden Preisen. - (e) Ohne SDR's und Reserve im IMF-Fund.									

Quelle: State Statistical Bureau [1985; 1986]; Weltbank [1983, Tabellen 3.8, 4.17];
IMF [1986]; eigene Berechnungen.

handelsvolumens (Exporte plus Importe) am Sozialprodukt doch deutlich die steigende Bedeutung der Außenwirtschaftsbeziehungen für den Entwicklungsprozeß in VR China. Außenwirtschaftsbeziehungen haben zu Produktionssteigerungen und erhöhter Effizienz der Produktion insbesondere dadurch beigetragen, daß im Export erwirtschaftete Devisenerlöse und ausländische Direktinvestitionen die Kapa-

zität des Landes erhöht haben, komplementäre industrielle Zwischenprodukte und neue Technologien - sei es in Form von Investitionsgütern oder in Form von Lizenzverträgen und Joint ventures - zu importieren. Die Daten über die Außenwirtschaftsverflechtungen der VR China zeigen, daß die mit der Öffnung des Landes verbundenen Chancen zwar genutzt wurden, daß aber auch noch erhebliche Schwierigkeiten zu überwinden sind.

1. Handel

Sowohl Importe als auch Exporte haben nach 1979 als Folge der Handelsliberalisierungsmaßnahmen gegenüber den sechziger und siebziger Jahren rasch zugenommen (Tabelle 2). Allerdings ist die Exportexpansion nach der Anfangsphase der Liberalisierung 1979-1981, in der jährliche Zuwachsraten von über 20 vH realisiert wurden, wieder deutlich abgeflacht. Diese Entwicklung scheint zu bestätigen, daß - wie in den vorangegangenen Abschnitten diskutiert - zum einen Angebotsengpässe fortbestehen und zum anderen wegen falscher Preissignale Exporte nicht hinreichend attraktiv für Unternehmen sind. Die starken Schwankungen der Exportzuwachsrate von Jahr zu Jahr (Schaubild 1) zeigen außerdem, wie sich die durch die bereits angesprochene Stop-and-go-Politik erzeugte Unsicherheit im Verhalten von lokalen Instanzen und Unternehmen niederschlägt.

Diese Beobachtung gilt für Importe in noch viel stärkerem Maße als für Exporte. Auf der einen Seite hatte die starke Importzunahme unmittelbar nach Beginn der Öffnung zu einem Überdenken der Dezentralisierungspolitik und damit einhergehend zu einem Strecken oder sogar Aufschieben von Entwicklungsprojekten geführt. Dadurch nahmen die Importe bereits 1981 sehr viel langsamer zu als in den Jahren zuvor und gingen 1982 sogar absolut zurück. Auf der anderen Seite führte diese Importzurückhaltung zu drastisch ansteigenden Devisenreserven, insbesondere bei lokalen Instanzen und Außenhandelsgesellschaften, was dann wiederum eine Lockerung der zentralen Importkontrollen bewirkte. Die Folge war ein erneuter Importnachfrageboom in den Jahren 1984 und 1985. Als Folge dieser Importausweitung vergrößerte sich das Handelsbilanzdefizit 1985 auf 14,9 Mrd. US \$, und die Devisenreserven sanken von 16,7 (1984) auf 10,3 Mrd. US \$ Anfang 1986 [IMF, 1986]. Dennoch ist nicht zu erwarten, daß das Importvolumen für industrielle Zwischenprodukte und Investitionsgüter, und damit für moderne Technologien, in

der Zukunft verringert wird (1). Gekürzt werden lediglich die Ausgaben für langlebige Konsumgüter, deren Importe in jüngster Zeit überdurchschnittlich zugenommen hatten (dies betrifft vor allem den Export Japans). Da einerseits nicht damit zu rechnen ist, daß das Exportvolumen kurzfristig erheblich gesteigert wird, aber andererseits ein kontinuierlicher Technologieimport als unverzichtbar gilt, ist zu vermuten, daß das Land sich in den nächsten Jahren stärker als bisher auf dem internationalen Kapitalmarkt durch die Auflage von Anleihen verschulden wird, um seine Importkapazität auszuweiten.

Die Bedeutung, die Importe inzwischen für den Entwicklungsprozeß in der VR China gewonnen haben, läßt sich an der Struktur der Importe ablesen [ACFT, 1986, S. 958 f.]:

- Über 70 vH aller Importe bestehen aus Rohmaterialien, industriellen Zwischenprodukten und Investitionsgütern (1983-1985); die meisten dieser Produkte können in der VR China nicht oder nur zu sehr hohen Kosten hergestellt werden und stellen deshalb unverzichtbare komplementäre Güter dar.
- Die importierten Investitionsgüter dienen in erster Linie der Ausweitung von Engpässen im Transport-, Energie- und Kommunikationssektor. Dies zeigt, daß Technologieimporte eng mit der Beseitigung zentraler Entwicklungshemmnisse verknüpft sind.

Wegen dieser Komplementaritäten müssen die Kapazitäts- und Einkommenseffekte der Importe als sehr hoch eingeschätzt werden.

2. Auslandsinvestitionen

Eine beschleunigte Modernisierung der Wirtschaft hat sich die VR China nicht nur von Warenimporten und Lizenzverträgen, sondern in besonderem Maße auch vom Technologietransfer durch ausländische Direktinvestitionen erhofft. Das Engagement von Ausländern kann in Kapitalbeteiligungen (equity joint ventures), in Beteiligung an kooperativen Unternehmen (contractual joint ventures) oder in Form von hundertprozentigen Tochtergesellschaften bestehen, wobei von chinesischer Seite

(1) Für 1986-1990 sieht der 7. Fünfjahresplan z.B. eine durchschnittliche jährliche Zuwachsrate der Importe von 6,1 vH vor.

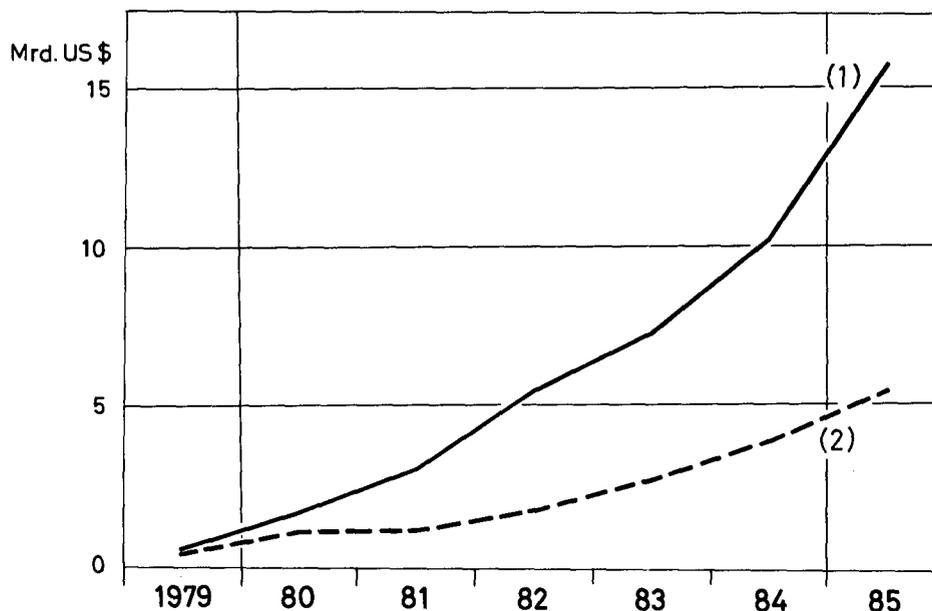
den Kapitalbeteiligungen der Vorzug gegeben wurde, weil man sich davon einen besonders raschen Technologietransfer versprach.

Nach einer ziemlich zögerlichen Anlaufphase wurde der Durchbruch bei den FDI erst im Jahr 1984 geschafft - nach dem Erlaß der Ausführungsregeln zum Joint-venture-Gesetz im September 1983. 741 Joint ventures und 1 089 kooperative Unternehmen wurden allein in jenem Jahr gegründet mit ausländischem Kapital im Wert von 2,5 Mrd. US \$, während zwischen 1979-1983 insgesamt nur 190 Joint ventures und 1 123 kooperative Unternehmen mit ca. 3,5 Mrd. US \$ Kapitalbeteiligung registriert worden waren [ACFT, 1984, S. 1092; 1985, S. 1069]. 1985 hat sich die Auslandsinvestitionstätigkeit weiter intensiviert. Unterzeichnet wurden Verträge über 1 300 Joint ventures und 1 500 kooperative Unternehmen mit einer Kapitalbeteiligung von insgesamt über 5 Mrd. US \$.

Bis Ende 1985 betrug das gesamte (vereinbarte) FDI-Volumen 16 Mrd. US \$ (2 243 Joint ventures, 3 823 kooperative Unternehmen, 35 gemeinsame Offshore-Öl-Erschließungsgesellschaften, 120 Unternehmen im alleinigen Besitz von ausländischen Investoren und sonstige Verträge der Kompensationsgeschäften). Davon waren jedoch lediglich knapp 6 Mrd. US \$ realisiert worden (Schaubild 2). Dies hat in den Jahren 1980-1985 im Durchschnitt weniger als 1,2 vH der gesamten Bruttoinlandsinvestitionen entsprochen. In der ersten Hälfte 1986 ist dann sogar das vereinbarte Investitionsvolumen im Vergleich zum Vorjahr um 20 vH gefallen. Beide Informationen machen deutlich, daß ausländische Investoren die Standortvorteile der VR China insgesamt zurückhaltend und heute weitaus skeptischer beurteilen, als dies noch vor 2 bis 3 Jahren der Fall war. Die Ursachen für diese Einschätzung werden unten ausführlich erörtert werden (Abschnitt V). Zunächst ist festzuhalten, daß die Zurückhaltung bei der Realisation von Investitionsprojekten bei Unternehmen aus westlichen Industrieländern stärker ausgeprägt war als bei Auslandschinesen. Unter den Investoren aus insgesamt 30 Ländern belegt Hongkong die erste Stelle (80 vH) gefolgt von den USA (8 vH) und Japan (7 vH); westeuropäische Unternehmen haben demgegenüber bisher vergleichsweise wenig investiert (4 vH) [CTR, 1986, S. 16]. Es gibt insgesamt nur 200 Joint ventures (bis Ende 1985), die von Unternehmen aus westlichen Industrieländern und Japan mitgegründet worden sind [Zhong, 1986].

Die Bedeutung des ordnungspolitischen Rahmens auch für die Investitionstätigkeit zeigt sich deutlich an der regionalen Verteilung der FDI. Die Deregulierung ist

Schaubild 2 - Die zeitliche Entwicklung der FDI(a) in der VR China 1979-1985



(1) Vertraglich vereinbarte FDI-Summe. (2) Tatsächlich realisierte FDI-Summe.

(a) Enthalten sind neben Beträgen für die drei Hauptformen der FDI - Joint ventures, kooperative Unternehmen und Unternehmen im alleinigen Besitz der ausländischen Investoren - auch die Beträge von Offshore-Öl-Projekten und Kompensationsgeschäften.

Quelle: ACFT [1984, 1985]; ACE [lfd. Jgg.]; eigene Berechnungen.

zwar in den vier WSZ vergleichsweise am konsequentesten durchgeführt worden, so daß man dort von einer nahezu marktwirtschaftlichen Ordnung sprechen kann. Import- und Exportrestriktionen sind weitgehend abgebaut, es gibt einen relativ flexiblen Arbeitsmarkt, und ausländische Geschäftsbanken sowie Joint-venture-Banken dürfen neben inländischen Banken dort tätig sein. Deshalb scheint es nicht überraschend zu sein, daß sich ein Fünftel der gesamten FDI in der VR China auf dem relativ engen Gebiet der WSZ von etwa 520 km² konzentriert. Für diese Standortentscheidung war die Deregulierung in den WSZ aber wohl weniger entscheidend als deren strategisch gewählte Lage. Die WSZ sind bewußt so angelegt worden, daß sie entweder durch die Nähe zu Hongkong die dort vorhandene Infrastruktur ausnutzen oder das Investitionspotential der Auslandschinesen, die ursprünglich aus diesen Regionen Chinas stammen, ausschöpfen können. 80-90 vH der FDI in den WSZ stammen denn auch tatsächlich aus Hongkong.

Demgegenüber blieben die großen europäischen und amerikanischen Unternehmen (vor allem die multinationalen Konzerne) trotz aller Vergünstigungen sehr zurückhaltend bei Investitionen in den WSZ. Sie bevorzugten Standorte, die bereits eine Industriebasis hatten und enge Verflechtungen mit dem Inlandsmarkt der VR China aufwiesen. Dies waren vor allem traditionelle Standorte mit Beziehungen zum Ausland wie Shanghai, Tianjing (in der Nähe von Beijing) und Guangzhou (Kanton), die alle den Status offener Küstenstädte haben. Diese Standortwahl westlicher Investoren deutet auf die schon zuvor angesprochene Inkonsistenz der bisherigen Reformpolitik hin, die vor allem in großen Divergenzen zwischen inländischen und Weltmarkt-Preisrelationen besteht. Die zentral oberhalb der entsprechenden Weltmarktpreise festgelegten Binnenpreise insbesondere für viele Konsumgüter schaffen für ausländische Produzenten einen Anreiz, den Binnenmarkt zu beliefern, statt zu exportieren. Diese Importsubstitution wird wegen Devisenknappheit zwar von der chinesischen Regierung gewünscht und war auch Ziel der Öffnung der Küstenstädte für Auslandsinvestitionen, es ist aber sehr fraglich, ob aus gesamtwirtschaftlicher Sicht auf diese Weise eine effiziente Nutzung der verfügbaren Ressourcen erreicht wird. Denn es besteht die Gefahr, daß wegen der verzerrten Preisrelationen Produkte produziert werden, bei denen die VR China keine komparativen Kostenvorteile besitzt und die deshalb billiger importiert werden könnten.

Interne Widersprüche in der Reformpolitik finden auch in der sektoralen Verteilung der FDI ihren Ausdruck. Entgegen der erklärten Absicht der chinesischen Führung wurden 1983-1984 zwei Drittel aller ausländischen Investitionen im Bereich Dienstleistung und Tourismus getätigt (Tabelle 3). 1984 betrug der Anteil dieser Investitionen in der Verarbeitenden Industrie lediglich 24 vH. Diese Relationen dürften auch für 1985 repräsentativ sein, und eine Wende wäre erst zu erwarten, wenn die in der ersten Hälfte des Jahres 1986 genehmigten Projekte, die zu 70 vH aus Industrieinvestitionen bestehen [People's Daily, Beijing, 31. Juli 1986], auch tatsächlich realisiert werden. Dabei ist allerdings wichtig festzustellen, daß ausländische Investitionen im Bereich der Verarbeitenden Industrie überwiegend in Form von Joint ventures getätigt worden sind (Tabelle 4), während im Dienstleistungsbereich kooperative Unternehmen vorherrschen. Darin reflektieren sich die relativ geringeren administrativen Schwierigkeiten bei der Gründung von Unternehmen in Produktionsbereichen, die bisher in der VR China nicht oder in geringem Umfang existieren. In vielen Industriebranchen hingegen, in denen chinesische Unternehmen seit langem tätig sind, gibt es von Seiten der Administration einen

Tabelle 3 - Verteilung der FDI auf die einzelnen Sektoren 1983 und 1984

	1983		1984	
	10 000 US \$	vH	10 000 US \$	vH
Landwirtschaft	1 777	0,9	7 880	2,7
Verarbeitende Industrie	31 694	16,5	69 408	24,1
darunter:				
Textil	2 201	1,1	6 997	2,4
Elektronik	2 178	1,1	6 409	2,2
Baumaterial	5 669	2,9	7 782	2,7
Maschinenbau	11 815	6,2	16 758	5,8
Lebensmittel	3 808	2,0	11 999	4,2
u.a.	6 023	3,1	19 463	6,8
Handel	3 927	2,0	11 001	3,8
Tourismus	9 489	4,9	93 951	32,7
Transport	1 730	0,9	8 166	2,8
Offshore-Öl	102 204	53,3	1 332	0,5
Telekommunikation	4 264	2,2	239	0,1
Dienstleistungen u.a.	36 605	19,1	95 517	33,2
Summe	191 690	100	287 494	100

Quelle: ACFT [1984, S. 1100 ff.; 1985, S. 1074 ff.]; eigene Berechnungen.

Tabelle 4 - Die Entwicklung der sektoralen Verteilung von Joint ventures 1980-1985 (vH)

	1980-1982	1983	1984	1980-1984
Landwirtschaft	5,3	2,0	6,0	4,8
Verarbeitende Industrie	62,7	57,0	61,0	61,2
Petro- und Ölindustrie	5,7	10,0	2,0	5,8
Tourismus	10,3	8,0	10,0	9,8
Dienstleistungen u.a.	16,0	23,0	21,0	18,4
Summe	100	100	100	100

Quelle: Chen [1986, S. 77]; eigene Berechnungen.

Tabelle 5 - Einkommen und Export in ausgewählten Regionen 1984

	VR China	Guandong	Fujian	Shenzhen	Shantou	Zhuhai	Xiamen
	insgesamt						
	Veränderungen gegenüber 1983 (vH)						
Wachstum des Einkommens (a)	12,0	16,0	19,1	40,0*	16,0*	100,0*	20,0*
FDI-Zuwachs (b)	54,9	60,0	28,7	64,8	60,0	330,0	25,0*
Export-Zuwachs (b)	12,6	10,1 (c)	7,3	335,0	n.a.	n.a.	2,8
Import-Zuwachs (b)	25,8	n.a.	18,3	75,2	n.a.	188,0	n.a.
	Die Bedeutung der Außenwirtschaft 1984 (vH)						
FDI-Anteil an inländischen Investitionen (d)	0,8	4,8	1,7	28,4	37,2	92,6	70,0
Exportanteil am gesamten Produktionswert (e)	6,5	12,7	6,0	36,7	11,5	64,4	20,6
*Schätzgröße. - (a) Einkommen aus materieller Produktion in konstanten Preisen (vgl. S. 5, Fußnote (1)). - (b) Zu laufenden Preisen. - (c) Mit einem Exportvolumen von 2,42 Mrd. US \$ ist Guandong der zweite Großexporteur der VR China, der erste Platz wird von Shanghai eingenommen. - (d) Lediglich die Investitionen in Sachanlagen. - (e) Nur Exportprodukte aus Industrie und Landwirtschaft.							

Quelle: ACFT [1985]; ACE [1985]; State Statistical Bureau [1985]; eigene Berechnungen.

erheblichen Druck auf ausländische Investoren, mit bestehenden Unternehmen in Joint ventures zusammenzuarbeiten. Hierin liegt auch ein Grund für die generelle Zurückhaltung westlicher Unternehmen bei ihrem China-Engagement (vgl. S. 17).

Die zur Zeit verfügbaren Daten reichen zwar nicht aus, um die gesamtwirtschaftlichen Wirkungen der bisher getätigten FDI für die VR China als Ganzes zu beurteilen, dennoch können aber einige Aussagen über primäre Effekte der FDI in bestimmten Regionen gemacht werden, wo sich FDI konzentrieren. Gemeint sind die beiden Küstenprovinzen Guandong und Fujian, die 50 vH der gesamten FDI absorbiert haben (70 vH aller Projekte [Zhong, 1986, S. 22]), und in diesen die vier WSZ, die ein Fünftel der FDI auf sich vereinigen. Wie Tabelle 5 zeigt, geht in diesen Regionen ein überdurchschnittliches Wachstum des Einkommens mit einem hohen Anteil der FDI an den inländischen Investitionen und mit einer hohen Ex-

portquote einher. Daß die Steigerung der Importe die der Exporte übertraf, hat mehrere Ursachen. Während z.B. 1984 die Unternehmen mit ausländischer Kapitalbeteiligung in der WSZ Shenzhen einen Exportüberschuß von 20,75 Mill. US \$ erwirtschafteten, ergab sich für die auch dort ansässigen inländischen staatlichen Unternehmen ein Importüberschuß von 562,43 Mill. US \$. 40 vH dieser Importe waren Konsumgüter, die dann an inländische Besucher und Unternehmen außerhalb der WSZ weiterverkauft wurden und so als zusätzliches Angebot auf den Binnenmarkt kamen [ACFT, 1985, S. 647 f.]. Dies war möglich, weil die Unternehmen in den WSZ berechtigt waren, direkt zu importieren und die offiziellen Regelungen der Devisenbewirtschaftung in den Zonen großzügiger waren als in den übrigen Gebieten. Dadurch wurden alle WSZ von Anfang an bevorzugte Umschlagorte ausländischer Konsumgüter, denn Handelstransaktionen brachten höhere Gewinne für die dort ansässigen staatlichen Unternehmen als Produktionsaktivitäten [Liu, 1985, S. 11 ff.]. Dieses Ergebnis stand nicht im Einklang mit den Zielen bei der Gründung der WSZ, und eine Änderung der WSZ-Politik ist seit einiger Zeit in der Diskussion (1).

V. Eine zusammenfassende Bewertung der bisherigen Reformpolitik

Der China-Euphorie der frühen achtziger Jahre folgte schon bald eine Ernüchterung. Der erwartete Exportboom der VR China ist ausgeblieben, die explosionsartig ansteigende Importnachfrage hat rasch zu Devisenengpässen geführt und mußte zurückgeschraubt werden, und viele längerfristige Verträge und Investitionsprojekte wurden auf Eis gelegt oder zumindest in der Ausführung gestreckt. Es stellt sich die Frage, welche Ursachen für diese Entwicklung verantwortlich sind und welche Schlußfolgerungen man daraus für den eingeschlagenen Reformkurs ziehen muß.

(1) Die Entwicklung und die Bedeutung der WSZ der VR China in der Zeit 1979-1984 sind in einer OECD Studie [Oberne, 1986] sehr ausführlich beschrieben worden. Eine knappe Darstellung der Probleme dieser WSZ findet sich bei Olle, Choi [1986, insbesondere S. 21 ff.].

In der Presse und auch von vielen Geschäftsleuten werden Klagen über hohe Kosten des Chinageschäfts verbreitet, die aus einem mühsamen und langwierigen Ringen mit einer schwerfälligen und undurchsichtigen Bürokratie, aus mangelnder Disziplin und Qualität der Beschäftigten sowie aus strengen Devisenregulierungen resultieren. Die naheliegende und auch in vielen Fachpublikationen wiederholte Erklärung für solche Erfahrungen ist die These von den unzureichenden Informationen [vgl. z.B. Tradefinance Asia, Mai 1986, S. 14]. Diese besagt, daß westliche Geschäftsleute nach einiger Zeit der Betätigung in der VR China leicht enttäuscht werden, da ihre Vorkenntnisse über die Perspektiven der chinesischen Wirtschaft oberflächlich waren und die praktischen Schwierigkeiten des Geschäftsablaufs erst Schritt für Schritt erkannt wurden. Die VR China hat sich lange Zeit gegenüber der Außenwelt verschlossen, es gab kaum Informationsaustausch zu westlichen Ländern. Mit ihrer riesigen Dimension und mit einer Inflation von Ämtern und Behörden ist die VR China nicht nur für Außenstehende, sondern auch für lokale Geschäftsleute häufig schwer zu durchschauen. Hinzu kommen noch - so wird behauptet - die kulturellen und politischen Unterschiede, die ein tieferes Verständnis für Zusammenarbeit von Anfang an erschweren [Campbell, 1986]. Außerdem fehlt es an zuverlässigen Daten, mit deren Hilfe die künftige Entwicklung prognostizierbar und somit eine rationale Marketing- oder Investitionsplanung überhaupt möglich wäre.

So berechtigt solche Beschwerden im Einzelfall sein mögen, sie liefern dennoch kein durchgängiges Erklärungsmuster für den Verlauf der Außenwirtschaftsbeziehungen der VR China seit 1979. Deutlichster Beleg dafür ist die Zurückhaltung japanischer Unternehmen bei Auslandsinvestitionen in der VR China, obwohl diese dank ihrer langjährigen sorgfältigen Informationssammlung und -analyse über die VR China besser Bescheid wissen als ihre westlichen Wettbewerber und außerdem viel weniger kulturelle Hindernisse in der Verständigung mit Chinesen zu überwinden haben. Diese Vorteile haben in den japanischen Exporterfolgen im Geschäft mit der VR China auch ihren Niederschlag gefunden. Bezüglich der Investitionen in diesem Land mag man nun einwenden, daß es nicht im Interesse der japanischen Unternehmen liegt, ihr Engagement zu erhöhen, weil die Gefahr besteht, daß

- unternehmensspezifische Wettbewerbsvorteile und Technologien bei einer gemeinsamen Produktion mit Unternehmen der VR China leicht imitiert werden und chinesische Unternehmen dann als Konkurrenten der japanischen Industrie auf dem Weltmarkt auftreten;

- wegen der in der VR China vorgeschriebenen Exportquoten für Joint ventures das Exportangebot insbesondere auf dem asiatischen Markt steigt und wegen der ohnehin schon hohen Marktsättigung dann die Preise nach unten gedrückt werden.

Dagegen kann aber argumentiert werden, daß das unternehmensspezifische Wissen im Fall eines ebenfalls zulässigen, hundertprozentigen Tochterunternehmens weitgehend geschützt werden könnte und daß Standortvorteile in der VR China ein zusätzliches Exportangebot ermöglichen können, mit dem sich neue Märkte erschließen lassen. Es muß also noch tiefer liegende Gründe geben, warum multinationale Unternehmen (sowohl aus Japan als auch aus den USA), die sonst in erheblichem Umfang in der asiatischen Region investiert haben, die VR China (noch) nicht als wichtigen Investitionsstandort betrachten.

Der wichtigste Grund sind Inkonsistenzen in der bisherigen Reformpolitik, deren Auswirkungen im Einzelfall bereits in den vorangegangenen Abschnitten angesprochen wurden. Da die Wirtschaftsordnung der VR China sich gerade in einer langen Übergangsphase zu einer sozialistischen Marktwirtschaft befindet, bestehen gleichzeitig zwei Koordinationsmechanismen - Markt und Plan -, deren Schnittstellen jedoch unscharf sind. Im Fall einer Kollision von markt- und planwirtschaftlichen Entscheidungsregeln gewinnt meistens das traditionelle Koordinationsprinzip die Oberhand und die Dispositionsfreiheiten der Unternehmungen wird auf dem Altar der bürokratischen Omnipotenz geopfert. In diesen spezifischen institutionellen Rahmenbedingungen liegen die zentralen Ursachen für verlangsamte Entwicklung der FDI und der Exportdiversifizierung. Dies soll im folgenden an drei wichtigen Aspekten verdeutlicht werden.

Zunächst einmal sind die in der Zeit der zentralen Planung gewachsenen Institutionen nahezu ungeschmälert in das 1979 begründete neue System übernommen worden. Die Handlungsrechte dieses bürokratischen Machtapparates sind oft unklar definiert, weshalb auch eine wirksame Kontrolle ihrer Machtausübung unmöglich ist. Als Folge davon wird die Reformidee einer indirekten Lenkung durch den Markt häufig durch bürokratische Rivalität und administrative Quertreiberei unterlaufen. So können viele neu erlassene Gesetze zur Förderung der FDI in der Praxis keine konsequente Anwendung finden. Dafür seien einige Beispiele erwähnt:

- Nach dem Joint-venture-Gesetz dürfen alle Joint ventures ihre Produktionsmittel und Investitionsgüter auf dem Weltmarkt einkaufen und zoll- und steuerfrei ein-

führen. In einigen Entwicklungszonen der Küstenstädte und WSZ kann dieses Recht jedoch wegen der Widerstände von bestimmten lokalen Genehmigungsbehörden nicht oder nur schwer realisiert werden.

- Für die Produkte, deren Export formal eine Exportlizenz erfordert, beantragen die Joint ventures normalerweise gemäß ihrer Produktionspläne zweimal im Jahr die Erteilung solcher Lizenzen bei den zuständigen Behörden. Dies war eine routinemäßige Angelegenheit, die auch so im Joint-venture-Gesetz vorgesehen ist. Seit etwa zwei Jahren wurde die Anzahl der Produkte, die eine Lizenz erfordern, erhöht, die summarische Beantragung abgeschafft und die Zuständigkeit für viele Produkte nach Beijing verlegt.
- Die von der Zentralregierung gewährten steuerlichen Anreize werden oft durch die von den unteren Instanzen festgesetzten und überzogenen Preise für Bodennutzung, Vorleistungen, Material und Personal sowie durch verschiedene recht willkürlich erhobene lokale Abgaben und Gebühren ausgehöhlt. Diese Praktiken haben lokalen Behörden bereits die öffentliche Kritik eingetragen, daß sie Joint ventures nur als eine Einnahmequelle betrachten, die beliebig angezapft werden kann [Ji, 1986].
- Selbst in den WSZ, die explizit von der zentralen Planung ausgenommen sind, bleiben noch enorm viele bürokratische Hindernisse zu überwinden. Vom Verhandlungsstadium bis zur Aufnahme der Produktion benötigt ein Joint venture die Zustimmung von 36 verschiedenen Verwaltungsämtern und muß 19 unterschiedliche Gebühren bezahlen [Fang, 1984, S. 123 ff.] (1).

Der zweite wichtige Punkt ist, daß die Liberalisierung der Außenwirtschaftsbeziehung in Konflikt mit der fortbestehenden zentralen Lenkung anderer Märkte gerät. Vor allem dem Arbeitsmarkt sowie dem Kapital- und dem Devisenmarkt fehlt noch die erforderliche Flexibilität. Dies erhöht auf unterschiedliche Weise die Produktionskosten sowohl für inländische als auch für ausländische Unternehmen:

- Die Rekrutierung des Personals geschieht ausschließlich durch Arbeitsämter (2), so daß ein Unternehmen nicht in der Lage ist, durch direkte Werbung qualifi-

(1) Ein "Grundgesetz der WSZ" ist zur Zeit in der Vorbereitung. Es wird erwartet, daß dadurch das bürokratische System in den WSZ wesentlich vereinfacht wird und diese WSZ vor den Interventionen - sei es von der Seite der Provinzregierung oder von der der Ministerien - weitgehend geschützt werden können.

(2) Diese werden auch oft als Dienstleistungsgesellschaften bezeichnet.

zierte Mitarbeiter zu gewinnen. Deshalb müssen die Unternehmen ihre Belegschaft weitgehend selber "on the job" ausbilden. Wegen Fehlens eines entsprechenden Versicherungssystems werden die Unternehmensleitungen außerdem faktisch daran gehindert, Personal zu entlassen, obwohl sie dazu formal das Recht hätten. Die faktische Beschäftigungsgarantie fördert jedoch eine schlechte Arbeitsdisziplin und trägt dazu bei, daß die wegen des schlechten Ausbildungsstandes der Arbeitnehmer generell niedrige Arbeitsproduktivität noch weiter sinkt. In Verbindung mit staatlich fixierten Mindestlöhnen erhöhen niedrige Arbeitsproduktivitäten die Lohnstückkosten und, obwohl genaue Daten hierüber noch nicht vorliegen, läßt sich vermuten, daß die so gemessenen Kosten des Faktors Arbeit den Standort China im Vergleich zu anderen asiatischen Standorten wie etwa den ASEAN Ländern unattraktiv erscheinen lassen.

- Der Zugang der ausländischen Investoren zum inländischen Kreditmarkt ist stark beschränkt. Bis September 1986 durften nach einer Regelung der People's Bank of China (Zentralbank) inländische Kreditinstitute keine Kredite an Joint ventures mit weniger als 3 Mill. US \$ Stammkapital vergeben. Außerdem müssen Joint ventures auch höhere Kreditkosten tragen als inländische Unternehmen. Außerhalb der WSZ gibt es keinen Kapitalmarkt, auf dem Joint ventures durch Ausgabe von Aktien oder Wertpapieren zusätzliche Finanzierungsmöglichkeiten erschließen und Risiken streuen könnten. Ausländische Banken durften bisher - mit Ausnahme der WSZ - keine Bankgeschäfte tätigen.
- Teils wegen einer veränderter Weltmarktlage, die nicht zuläßt, daß die vorgesehenen Exportquoten der Joint ventures realisiert werden können, und teils wegen des großen Inlandsbedarfs bei gleichzeitig günstigen Preisen verkaufen viele Joint ventures und chinesische Exportunternehmen ihre Produkte auf den inländischen Märkten. Da aber die Einnahmen in RMB nicht ohne weiteres in andere Währungen umgetauscht werden können, entsteht für viele Unternehmen auf die Dauer ein ernstes Devisenproblem, von dessen Lösung auch ein reibungsloser Gewinnrücktransfer abhängt. Solange die VR China insgesamt Exportüberschüsse erzielte, war die Handhabung des internen Devisenhandels locker. Es gab einen offiziell geduldeten grauen Devisenmarkt, auf dem man mit einem geringen Aufschlag auf den offiziellen Kurs Devisen kaufen konnte. Nachdem sich 1985 die Devisenreserven der VR China dramatisch vermindert hatten, wurden neue strenge Regelungen zur Devisenbewirtschaftung eingeführt. Diese Regelungen betreffen auch ausländische Unternehmen in den WSZ. Sie führen dazu, daß insbesondere Joint ventures ihren Devisenbedarf nicht mehr decken

und deshalb auch keine Gewinne repatriieren können, obwohl bei lokalen Instanzen und staatlichen Exportunternehmen Devisenüberschüsse vorhanden sind (1).

Ein dritter Faktor ist das zusätzliche Risiko, das für ausländische Unternehmen in der VR China durch wirtschaftspolitisch induzierte Schwankung der makroökonomischen Entwicklung entsteht. Da es noch keinen funktionierenden Preismechanismus mit entsprechenden Sanktionen für Fehlkalkulationen gibt, brauchen die staatlichen Unternehmen keinerlei Risiken bei neuen Investitionen zu tragen. Zentral zugeteilte billige Kredite fördern eine Investitionsneigung um jeden Preis. Durch diesen künstlich erzeugten "Investitionshunger" werden die Vorleistungen wie Strom, Transport, Wasser und Grundstoffe knapp, so daß Joint ventures ebenso wie inländische Exportunternehmen solche Vorleistungen nicht oder nur auf einem Sekundärmarkt zu höheren Preisen erwerben können, während viele ineffiziente lokale Unternehmen mit billigeren Vorleistungen versorgt werden. Der derzeit noch geltende Investitionsmechanismus in der VR China hat schon mehrfach zu einer überhitzten Konjunktur geführt mit der Folge, daß zur Konjunkturdämpfung generell neue Projekte - einschließlich ausländischer Investitionsvorhaben - ohne jedwede Rücksicht auf Effizienzmaßstäbe beschnitten wurden. Ein Beispiel hierfür ist die kräftige Kreditexpansion im letzten Quartal 1984, die eine solche Überhitzung der Wirtschaft bewirkte. Deshalb wurde die bereits im April 1984 angekündigte Öffnung von 14 Küstenstädten auf zunächst lediglich 4 Städte reduziert und erst in diesem Jahr gibt es Anzeichen, daß die Öffnung der anderen 10 "offenen" Städte auch in vollem Umfang realisiert wird.

(1) Die Joint ventures in 19 Provinzen und regierungsunmittelbaren Städten hatten laut dem chinesischen Außenhandelsministerium (MOFERT) 1985 insgesamt ein Defizit in ihrer Devisenbilanz von 580 Mill. US \$. Die Hälfte davon entstand in der Provinz Guandong, wo auch etwa die Hälfte der FDI getätigt worden ist. Auf der anderen Seite ist ein großer Teil von Devisen bei lokalen Instanzen und großen Exportunternehmen gehortet, da der Wechselkurs als ungünstig betrachtet wird und/oder diese Devisen für künftige Importe von Konsumgütern und zur Finanzierung von Studienreisen im Ausland zurückgehalten werden.

VI. Ausblick

Die vorangegangenen Ausführungen zeigen, daß die positiven Ergebnisse der Öffnungspolitik der VR China in den letzten Jahren nicht ohne weiteres in die Zukunft extrapoliert werden dürfen. Innere Widersprüche in der praktizierten gemischtwirtschaftlichen Ordnung und Schwächen bei der Implementierung der Reformmaßnahmen haben bereits zu Problemen geführt, die die Importkapazität, das Exportwachstum und den Zufluß von ausländischem Kapital reduziert haben. Da diese Rückschläge vor allem ordnungspolitische Ursachen haben, ist kurzfristig keine wesentliche Änderung der Gesamtsituation zu erwarten. Mittelfristig besteht allerdings wenig Anlaß für übertriebenen Pessimismus. Der einmal eingeschlagene Weg der wirtschaftlichen Öffnung hat in der VR China einen großen Bedarf an westlichen Technologien geschaffen, der nur unter erheblichen gesamtwirtschaftlichen Kosten und mit einem unkalkulierbaren politischen Risiko zurückgedrängt werden könnte. Außerdem zeigen die jüngsten Beschlüsse des Volkskongresses (April 1986) und des Staatsrats (Oktober 1986) die Entschlossenheit der chinesischen Führung, die Politik in Richtung auf eine "offene sozialistische" Marktwirtschaft fortzusetzen.

Da die VR China ihren langfristigen Bedarf an Technologien und Kapital nicht unter Inkaufnahme einer hohen Auslandsverschuldung decken wird, hängt die Fortführung dieser Politik letztlich davon ab, ob sich der Export wieder steigern läßt und ob Auslandsinvestitionen in größerem Umfang attrahiert werden können. Zur Steigerung der Exporte wäre es vor allem notwendig, die falschen Preissignale zu korrigieren, die den Inlandsabsatz ertragreicher als den Export machen. Dazu gehören eine Reform der staatlich fixierten Preise insbesondere für industrielle Vorleistungen und Konsumgüter, weitere Schritte in Richtung auf eine Handelsliberalisierung und mehr Stetigkeit in der Außenhandelspolitik, die sich bisher zu stark an den Devisenreserven orientiert hat. Da eine wirkliche Preisreform in absehbarer Zeit ziemlich chancenlos sein dürfte, könnte alternativ zumindest erwogen werden, die Exportlizenzen abzuschaffen und Exporte generell durch ein System von Steuererleichterungen und Exportsteuern für Vor- oder Nachteile zu belasten bzw. zu entschädigen, die durch eine künstliche Verbilligung respektive Verteuerung der benötigten Vorleistungen entstehen. Auf diese Weise würden für Exportunternehmen quasi Weltmarktbedingungen simuliert. Wenn solche Lösungen derzeit in der

VR China auch bestenfalls in der Diskussion sind, zeugt jedoch die Beantragung des Wiedereintritts in das GATT und die Abwertung der Währung um 15,8 vH im Juli 1986 von der Bereitschaft, die Reform voranzutreiben.

Hinsichtlich der Standortvorteile der VR China für ausländische Investitionen ist eine vorsichtigere Beurteilung der Lage als bei den Exportchancen geboten. Im Prinzip müßten die Verfügbarkeit von relativ billigen und durchaus qualifizierten Arbeitskräften sowie von einer großen Anzahl von Rohstoffen und das große Binnenmarktpotential Auslandsinvestitionen attraktiv machen. Jedoch wird die Tätigkeit von ausländischen Unternehmen in besonders starkem Maße von den ordnungspolitischen Unvereinbarkeiten betroffen, die durch das Miteinander von markt- und planwirtschaftlichen Lenkungsprinzipien entstehen. Die unternehmerische Dispositionsfreiheit wird durch ein engmaschiges Netz von Bürokratien eingeengt und effizientes Wirtschaften ist insbesondere durch die exzessive Regulierung des Arbeitsmarkts und das weitgehende Fehlen eines internen Kapitalmarkts behindert. Beides führt zu Friktionen beim Produktionsablauf und damit zu nicht kontrollierbaren Kostensteigerungen, die derzeit Investitionen in der VR China weniger vorteilhaft erscheinen lassen als in anderen asiatischen Ländern.

Die jüngsten Beschlüsse des Staatsrats vom 12. Oktober 1986 lassen erkennen, daß der chinesischen Führung die genannten Probleme bewußt sind. Die neuen Richtlinien zur Förderung von ausländischen Direktinvestitionen sehen eine Reihe von Verbesserungen bei dem administrativen Umgang, bei der Versorgung mit den Vorleistungen und mehr Flexibilität auf dem Arbeits- und Kapitalmarkt vor. Jedoch handelt es sich um sehr selektive Änderungen von Einzelbestimmungen, deren Einfluß auf die Produktionskosten insgesamt schwer abzuschätzen ist. Dies gilt um so mehr, als erfahrungsgemäß die Bürokratie auf mittlerer und unterer Ebene wenig motiviert ist, Liberalisierungsmaßnahmen - insbesondere wenn sie den Arbeitsmarkt betreffen - tatsächlich zu implementieren. Deshalb spricht vieles dafür, daß sich die Standortbedingungen für ausländische Direktinvestitionen in der VR China nur nachhaltig verbessern lassen, wenn die Öffnungspolitik mit einer durchgreifenden institutionellen Reform verknüpft wird. Bei der Starrheit des bestehenden administrativen Systems mag dies für das Land insgesamt eine illusionäre Forderung sein; eine solche Reform in den WSZ und den offenen Küstenstädten erscheint aber als Mindestvoraussetzung notwendig zu sein, wenn der Zufluß von ausländischem Kapital und westlicher Technologie deutlich zunehmen soll. Ansätze in dieser Rich-

tung sind in einzelnen Industriezonen in den WSZ und in den Küstenstädten bereits vorhanden, sie sind jedoch bisher im Umfang zu unbedeutend, als daß sie das Gesamtbild verbessern könnten (1).

Ob solche dringend notwendigen institutionellen Reformen in nächster Zeit in Angriff genommen werden, läßt sich auf der Basis der verfügbaren Informationen nicht beurteilen. Solange sich die ordnungspolitischen Rahmenbedingungen nicht wesentlich verändern, sollten ausländische Investoren die Investitionsbedingungen für ihre Branche und für mögliche Standorte in der VR China im einzelnen genau prüfen. Wie bei jeder zentralistisch gelenkten Wirtschaft gibt es auch in der VR China eine Vielzahl von Lücken und Nischen, die ausländische Investoren erfolgreich nutzen können. Ein Beweis dafür ist zum einen die lebhafteste und branchenmäßig weit diversifizierte Investitionstätigkeit von Auslandschinesen und zum anderen das Beispiel solcher Unternehmen wie Wella AG, Remy Martin (Far East) Co. Ltd., Schindler, Otis Elevator, Foxboro u.a., die in der VR China eine wettbewerbsfähige Exportplattform aufgebaut haben.

(1) Gemeint sind die Shekou-Industriezone in Shenzhen und die Entwicklungszonen in Tianjen und Dalian, die die Implementierung der Deregulierungsmaßnahmen am konsequentesten durchgeführt haben und daher attraktiv für ausländische Investoren erscheinen.

Anlage: Geographische Lage der Wirtschaftssonderzonen (WSZ) und der offenen Küstenstädte in der VR China



Literaturverzeichnis

ALMANAC OF CHINA'S ECONOMY (ACE), Beijing, lfd. Jgg.

ALMANAC OF CHINA'S FOREIGN ECONOMIC RELATIONS AND TRADE (ACFT),
Hongkong, lfd. Jgg.

BESCHLUSS DES ZENTRALKOMITEES der Kommunistischen Partei Chinas über die
Reform des Wirtschaftssystems. Angenommen von der 3. Plenartagung des XII.
Zentralkomitees der KP Chinas am 20. Oktober 1984. Chinesische Dokumente,
Beijing 1984.

BURNS, J.-F., "Investors Think again about China". International Herald Tribune
vom 10. Juni 1986.

CAMPBELL, Nigel, "How to Win the War". China Trade Report, Vol. 24, Oktober
1986, S. 8-11.

CHEN, Nai-Ruenn, "Foreign Investment in China: Current Trends". The China
Business Review, Vol. 13, 1986, Nr. 3.

CHENG, Chu-yuan, "The Potential Impact of Mainland China's Modernization on the
World Economy". Issues and Studies, Vol. 21, 1985, Nr. 6, S. 28-59.

CHINA TRADE REPORT (CTR), Vol. 24, Oktober 1986.

FANG, Sheng (Hrsg.), Shenzhen Tequ Jingji Kaoca (Untersuchungen über die
Wirtschaft in der WSZ Shenzhen). Institut für WSZ an der Universität
Shenzhen, 1984.

GU, Ming, "Zhongguo De Jingji Fazhi Jianshe" (Zur Konstruktion des Wirtschafts-
rechts der VR China). Economic Report, Hongkong, 1986, Nr. 25, S. 24-25.

INTERNATIONAL MONETARY FUND (IMF), International Financial Statistics, Vol.
39, Washington 1986, Nr. 7.

JI, Chongwai, "Promoting Foreign Direct Investment in the PR China". People's
Daily, Beijing, vom 29. August 1986.

LIU, Guoguang, "Some Important Problems in China's Strategy for Economic
Development". Social Sciences in China, Vol. 5, 1984, Nr. 4, S. 45-66.

--, (Hrsg.), Shenzhen Tequ Fazhan Zhanlue Yanjiu (Untersuchungen über die
Entwicklungsstrategie der WSZ Shenzhen). Economic Information and Agency,
Hongkong 1985.

Der NATIONALE VOLKSKONGRESS der VR China, "7. Fünfjahresplan für die
volkswirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung der VR China
(1986-1990)". Beijing Rundschau (Beilage), Vol. 23, 1986, Nr. 17.

OBORNE, Michael, China's Special Economic Zones. OECD, Development Centre
Studies, Paris 1986.

- OLLE, Werner, Nam-Yong CHOI, Wirtschaftssonderzonen in der VR China - Eine Bilanz der Aufbauphase (1980-85). Kurzstudie im Auftrag des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, Forschungsstelle Sozialökonomik der Arbeit, Berlin, Januar 1986.
- SIMON, Denis F., "China's Capacity to Assimilate Foreign Technology: An Assessment". In: China under the Four Modernizations, Part 1. Selected Papers Submitted to the Joint Economic Committee, Congress of the United States, Washington 1982, S. 514-552.
- STATE STATISTICAL BUREAU, PR China, Statistical Yearbook of China 1985. Oxford, 1985.
- , "Kommuniqué über die Ausführung des Plans für die volkswirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung 1985". Beijing Rundschau (Beilage), Vol. 23, 1986, Nr. 12.
- TRADEFINANCE ASIA, "Is it Feasible?". Mai 1986.
- WEGGEL, Oskar, "Fünf Tendenzen im gegenwärtigen Außenwirtschaftssystem der VR China". Institut für Asienkunde, Hamburg, China aktuell, Vol. 15, Juli 1986, S. 436-455.
- WELTBANK, China, Socialist Economic Development. A World Bank Country Study. Vol. I. The Economy, Statistical System, and Basic Data. Washington 1983.
- [1985a], China, Long-Term Development Issues and Options. A World Bank Country Economic Report. Baltimore 1985.
- [1985b], China, Economic Structure in International Perspective. Annex 5 to China, Long-Term Development Issues and Options. Washington 1985.
- XUE, Mugiao, "Readjustments in Prices and Exchange Rates Deemed Essential". Intertrade, Vol. 3, 1986, Nr. 6, S. 19-21.
- YANG, Shengmin, "Zhongguo Xiaofei Jijing He Geren Shouru De Fenpei Wenti" (Konsum und die Verteilung des privaten verfügbaren Einkommens in China). In: Guoguang LIU (Hrsg.), Zhongguo Jingji Fazhan Zhanlue Wenti Yanjiu (Probleme in der Entwicklungsstrategie der chinesischen Wirtschaft). Shanghai 1984, S. 378-398.
- ZHONG, He, "China Seeks More Foreign Capital". Intertrade, Vol. 3, 1986, Nr. 7, S. 21-22.
- ZHOU, Ciao, "Zhongguo Zijing Jilei Wenti" (Über die Ersparnisbildung in China). In: Guoguang LIU (Hrsg.), Zhongguo Jingji Fazhan Zhanlue Wenti Yanjiu (Probleme in der Entwicklungsstrategie der chinesischen Wirtschaft). Shanghai 1984, S. 401-422.